

Gespräch im Bundespräsidialamt



Berlin, 10. März 2014: Am Vorabend des Winnenden-Jahrestages treffen sich Mitstreiter der Initiative „Keine Mordwaffen als Sportwaffen!“ zu einem zweistündigen Gespräch mit leitenden Mitarbeitern des Bundespräsidialamtes über das deutsche Waffenrecht und seine Folgen.

Vorab hat Bundespräsident Joachim Gauck übermitteln lassen, daß er die Sportmordwaffen-Initiative „mit Sympathie und Anerkennung“ sehe. Es sei ihm ein Anliegen, daß die gesellschaftliche Debatte nach dem Schulmassaker in Winnenden über den richtigen Weg bei der Prävention nicht zum Erliegen komme, und zur Prävention gehöre auch das Waffenrecht. Staat und Gesellschaft müßten weiter nach Wegen suchen, um solche Taten soweit wie möglich zu verhindern.

Die Mitstreiter der Initiative legen während des Gesprächs im Bundespräsidialamt dar, wieso das Risiko tödlicher Sportwaffen auch nach der angeblichen „Verschärfung des Waffengesetzes“ infolge des Winnender Amoklaufs 2009 bis heute unvermindert ist. Sie erinnern daran, daß nach Recherchen der Initiative seit 1991 in Deutschland mehr als hundertfünfzig Menschen mit Waffen von Sportschützen getötet wurden, davon zweiundfünfzig *nach* dem Schulmassaker in Winnenden. Daß allein 2013 in Deutschland mindestens siebzehn Menschen mit Waffen von Sportschützen erschossen wurden, mehr als beim Winnender Amoklauf.

Bis heute dürften rund eine Million deutsche Sportschützen mit den gleichen privaten Waffen schießen, wie sie bei den Amokläufen in Erfurt (2002), Winnenden (2009), auf Utøya (2011) und beim Grundschul-Massaker in Newtown (2012) benutzt wurden. Mit Pumpgun, Glock, Beretta und halbautomatischen Bushmaster-Gewehren.

Der Horror jener Amokläufe könne sich jeden Tag überall in Deutschland wiederholen. Dagegen habe man in Großbritannien, Japan und Australien nach verheerenden Amokläufen beherzt gehandelt und tödliche Sportwaffen verboten.

In dem Gespräch geht es auch um Möglichkeiten des Bundespräsidenten, auf den Konflikt um das Waffenrecht Einfluß zu nehmen, so wie es Bundespräsident Horst Köhler getan hat, als er am ersten Jahrestag des Schulmassakers 2010 nach Winnenden kam. (* siehe unten Zitat aus der Köhler-Rede)

Die Mitarbeiter des Bundespräsidialamtes fragen gut vorbereitet und genau nach. Sie dokumentieren den Inhalt des Gespräches detailliert schriftlich. Sie beschreiben die Möglichkeiten der Einflußnahme durch den Bundespräsidenten.

Zunächst möchte Bundespräsident Joachim Gauck über das Gespräch mit der Sportmordwaffen-Initiative informiert werden, was seine Mitarbeiter versichern umgehend zu tun.



Gespräch im Bundespräsidialamt – ein wesentlicher Schritt.

* Bundespräsident Horst Köhler in seiner Rede in Winnenden am 11. März 2010 anlässlich des ersten Jahrestages des Schulmassakers:

„Es kann auch viel geschehen – noch mehr als bisher – damit gefährdete Menschen nicht an Schußwaffen gelangen und Schulen und ähnliche Orte noch besser vor Anschlägen geschützt sind. Ich verstehe die jüngste Novellierung des Waffengesetzes durch den Deutschen Bundestag als Zeichen dafür, daß ein Umdenken begonnen hat. Die Parlamente und die Regierungen des Bundes und der Länder sollten diesen Prozess weiter voranbringen und begleiten – und die Schützenvereine sollten ihnen dabei helfen.“

Quelle: http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2010/03/20100311_Rede.html